

17. Wahlperiode

## **Dringlicher Antrag**

der Fraktion Die Linke

### **Tarifvertrag für angestellte Lehrerinnen und Lehrer**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich als Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) in den seit Ende Januar 2013 laufenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder für den Abschluss einer tarifvertraglich geregelten Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte mit folgenden Zielen einzusetzen:

- eine auf die Tätigkeit und die Ausbildung bezogene Eingruppierung der Lehrkräfte,
- eine schulformunabhängige Eingruppierung aller Lehrerinnen und Lehrer und
- eine einheitliche Eingruppierung aller Lehrerinnen und Lehrer in Ost und West bei gleicher Tätigkeit und Ausbildung.

#### ***Begründung:***

Im Rahmen der bisherigen Verhandlungen zu einer Entgeltordnung zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) wurde zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) noch keine Einigung über eine tarifliche Eingruppierung der angestellten Lehrerinnen und Lehrer erzielt.

Der Abschluss einer tarifvertraglich geregelten Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte ist erneut Bestandteil und gewerkschaftliche Forderung in den seit Ende Januar 2013 laufenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder.

Berlin ist seit Januar 2013 wieder Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder. Und Berlin stellt Lehrkräfte grundsätzlich im Angestelltenverhältnis ein. Deshalb kommt Berlin eine besondere Verantwortung und auch eine besondere Verhandlungsmacht für die tarifliche Ausgestaltung der Einkommensverhältnisse angestellter Lehrkräfte zu.

Die vom Berliner Senat unter Rot-Rot veranlasste Regelung, ab dem 1. August 2009 angestellte Lehrerinnen und Lehrer mit der höchsten Erfahrungsstufe 5 zu vergüten, war notwendig und politisch gewollt, um im Rahmen bestehender Möglichkeiten die Unterschiede in den Nettoeinkommen gegenüber verbeamteten Lehrkräften abzubauen. Dies kann so jedoch keine dauerhafte Lösung sein. Auch mit einer Verlängerung dieser Regelung ist sie keine Absicherung für die Zukunft. Nur mit einer tariflichen Regelung gibt es für angestellte Lehrerinnen und Lehrer eine verlässliche Perspektive.

Berlin sollte deshalb sein Interesse an einer über den TV-L geregelten Eingruppierung der Lehrkräfte aller Bundesländer nachdrücklich betonen und damit die Attraktivität des Angestelltenstatus für Lehrkräfte in Berlin bundesweit stärken.

Berlin, den 20. Februar 2013

U. Wolf      R. Kittler  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke